

Saale-Beitung.

Sechsbierjahres Jahrgang.

werden die Spaltenblätter oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Bezugspreis ... für Halle ...

Mr. 488.

Halle a. S., Dienstag, den 18. Oktober.

1910.

Die soziale Lage der Schauspieler.

Aus den Kreisen der „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ erhalten wir folgende beachtenswerte Zuschrift: Erst nach schweren Kämpfen ist es dem Stand der Schauspieler geglückt, das auf ihm lastende Vorurteil zu überwinden...

Von diesen 10 000 Schauspielern und Schauspielerinnen kann im günstigsten Fall nur ein Fünftel eine einigermaßen auskömmliche Stellung finden; alle übrigen sind auf die kleinen und Wanderbühnen angewiesen...

Im ganzen Deutschen Reich mit Einschluß von Oesterreich gibt es ungefähr 25 000 Theaterbetriebe, die ihren Mitgliedern volle Jahresgehälter gewähren; in den Städten Berlin, Wien, München, Dresden, Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Stuttgart, Hannover, Wiesbaden...

Von den 10 000 Schauspielern aber, die der Bühnenalmanna namentlich anführt, finden nicht alle Beschäftigung; es bleiben in jeder Spielzeit ungefähr 2000 außer Engagement. Bringt man selbst in Anschlag, daß Krankheit, Erfüllung der Militärdienst, Fortsetzung der Studien...

In keinem Verhältnis zum Bedarf an Nachwuchs steht die Anzahl der Theaterkassen; in Berlin allein gibt es etwa 2000, in Wien 1000, in Dresden ein halbes Tausend, etc. in Leipzig, Düsseldorf, Wiesbaden, Graz, Nürnberg, München, insgesamt mindestens 50 Schulen...

den, umsonst anbieten, denn der gewaltige Zulauf entspricht, wie die oben mitgeteilten Zahlen darlegen, in keiner Weise dem Bedarf.

So liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Schauspiels, auf dem der Oper sind sie womöglich noch ungünstiger, die Gagen sind wohl besser, aber die Anzahl der Opernbühnen ist weit geringer.

Da die Theaterkassen keine gesetzlichen oder fachmännischen Kontrolle unterliegen, der Privatuntertrieb ohne jede Kontrolle oder Befähigungsprüfung erlaubt werden kann, die Verlosung, sich der Bühne zuzuwenden, durch das Beispiel einzelner, ganz seltener Karrieren aber ungemein stark ist, ist es am Platze, eine eindringliche Warnung vor dem Gerufen des Berufes zu erlassen.

Ausverkauft!

Reise des Kronprinzen nach Ostasien.

Bremen, 17. Okt. Aus Manila, 15. Okt., erhält die „Weser-Ztg.“ folgendes Telegramm:

„Die Philippinische Regierung hat heute per Kabel die amerikanische Regierung aufgefordert, sofort telegraphisch bei der deutschen Regierung in Berlin dahin zu wirken, daß der deutsche Kronprinz auf seiner ostasiatischen Reise auch Manila mit seinem Besuche besucht.“

Es würde sicher den Deutschen auf den Philippinen sehr wie auch im Interesse des deutschen Handels ersprießlich sein, wenn diesem Wunsche stattgegeben würde.

Einem Bericht aus Berlin entnehmen wir folgende Mitteilungen:

Der Reichspostdampfer „Prinz Ludwig“ des Norddeutschen Lloyd, der am Mittwoch von Hamburg aus in See geht, und am 3. November in Genoa das Kronprinzenpaar an Bord nimmt, ist schon vor vierzehn Tagen vollständig ausverkauft gewesen. Sobald bekannt geworden war, daß sich der Kronprinz zu seiner Fahrt nach Ostasien dieses Dampfers bedienen werde, fand eine wilde Jagd nach Fahrkarten für diese Reise statt. Wie wir erfahren, will eine Gesellschaft von drei Herren und drei Damen aus den besseren Kreisen die Reise unter allen Umständen mitmachen, so wie es, was es wolle. Aus diesem Grunde sind zwei Berliner Ermittlungsbeamte mobilisiert worden mit dem Auftrage, um jeden Preis jedes Reisetischler des „Prinz Ludwig“ aufzufinden und mit diesen wegen Ueberlastung der Fahrkarten in Verhandlungen zu treten. Jeder der Herren hat für diesen Zweck bei einer Bank 20 000 Mark hinterlegt. Ob es ihnen aber gelingt, selbst für so schweres Geld sechs Personen zum Verzicht auf die Fahrt zu veranlassen, darf bezweifelt werden. Inzwischen ist der „Prinz Ludwig“ leertzeit gemacht und für die Unterbringung des Kronprinzenpaares und des Gefolges besonders hergerichtet worden. Der Dampfer hat einen blendend weißen Anstrich erhalten. Für den Kronprinzen sind vier Offizierszimmer bestimmt, während der Kronprinzessin die daneben befindlichen Räume des Kapitäns zur Verfügung gestellt werden. Das Kronprinzenheim erhält durch Fortnahme und Einziehung neuer Wände ein größeres Arbeitszimmer, einen Salon, ein Schlaf- und ein Spielzimmer. Für die Kronprinzessin sind drei besondere Räume eingerichtet worden. Das Mobilier stammt fast durchweg aus dem Winterpalais in Potsdam und aus dem Kronprinzenpalais in Berlin. Das Kronprinzenpaar hat hierfür besondere Auswahl getroffen und außer Möbelfestern auch andere für den täglichen Gebrauch bestimmte Gegenstände, Silber, Gerinnersingelente usw. nach Hamburg senden lassen. In Wilhelmshaven wird gegenwärtig der Panzerkreuzer „Graf Scharnhorst“ instand gesetzt, den der Kaiser dem Kronprinzen für seine Fahrt in den ostasiatischen Gewässern zur Verfügung gestellt hat. Der Panzerkreuzer geht in der nächsten Woche mit der Order in See, ist in den indischen Gewässern für die Einschiffung des Kronprinzen nach dem Verlassen des Monddampfers „Prinz Ludwig“ bereit zu halten. Kapitän z. See v. Usler weist gegenwärtig in Berlin zur Empfangnahme der Befehle für die Sonderfahrt.

Deutsches Reich.

Eine Rede des Kardinals Fischer.

„Die Abteilung Köln des Volksvereins für das katholische Deutschland“ hat am Sonntag in Köln eine Kundgebung gegen den Bürgermeister von Rom, Herrn Pothan, veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit behandelte der Kardinal Fischer allgemein interessante Tagesfragen folgendermaßen: In den letzten Zeiten sind bei uns im eigenen Lager etwelche Zwiespälte entstanden. Schadenstrotz hat sich

allotgleich eine gewisse Besse derselben demächtigt, kauft sie auf, sucht Streit zu stiften und redet hochtönend von der Spaltung der deutschen Katholiken. Man hat sich nicht entblödet, in dieser Hinsicht allerlei Märchen zu verbreiten, insbesondere auch in bezug auf die Verhale des Erzbischofs von Köln, hat gar den Versuch unternommen, die beiden deutschen Kardinalsgenossen auszuspielen, sie als entzweit darzustellen, von einer Aktion des Heiligen Vaters zu reden, die bevorstehe; andere lagen gar, sie sei bereits ergangen. Ich protestiere mit Entschiedenheit gegen diese unaußeren Machenschaften. (Stürmischer Beifall.) Die Leute, die auf eine Uneinigkeit des deutschen Episkopats spekulieren, werden sich gründlich täuschen. Die Bischöfe, und zumal die deutschen Kardinal, werden ihnen diese Freude nicht machen; dazu sind wir viel zu umständig und viel zu gewissenhaft. Aber jene Leute werden sich auch täuschen, wenn sie überhaupt mit einer Uneinigkeit unter den deutschen Katholiken rechnen und daraus Schläge für die Zukunft ziehen. In der Tat, die deutschen Katholiken müßten geradezu den Verstand verlieren haben, wenn sie in den derzeitigen Zeitläuften sich spalten und gegenseitig befeindeten wollten. (Sehr starker Beifall.) Betrachten wir die Differenzen, so werden sie dieselben mit Aufhebung, mit Mäßigung, mit Liebe und Selbstverleugnung auszugleichen suchen, aber sie werden darüber nicht unterlassen, die Einheit, die geschlossene Einheit zu bewahren, die, zumal in der jetzigen Zeitlage, eine Beweispflicht für die deutschen Katholiken ist. Sie war bisher ihre Fierde, sie wird es auch ferner sein: einzig alle untereinander in Dienste anderer gemeinsamen heiligen Sache — einzig in Nord und Süd, in Ost und West — einzig die verschiedenen Stände — einzig die Laien, der Klerus, der Episkopat — und endlich einzig alle in vollendetem Einigkeit um den Mittelpunkt der Einheit gekohert, um den christlichen Staat!

Das irrene Hoffen an Hoff und Kirche hindert uns nicht, daß wir gerne im öffentlichen Leben Sand in Sand geben, wo es nur angeht, mit untern auf positivem Boden stehenden nicht-katholischen Mitbürgern im Verkehr. Mit ihnen einzig uns insbesondere die gemeinsame Sorge für die Erhaltung des christlichen Charakters unseres Staatswesens, das Eintritten für die funktionelle Schule, der grundsätzliche Kampf gegen die revolutionären Ideen der Gegenwart. Rein, wir deutschen Katholiken stützen uns nicht auf unsern Mitbürgern und wollen keinen Staat im Staate bilden. Wenn wir auch unsere Kirche lieben und ihr in unanwendbarer Treue ergeben sind, so schäntz darum nicht minder unser Herz für das Vaterland, das auch unter Väterland ist, haben wir ein Herz für unseres Volkes Wohl und Heile, sind und bleiben überzeuge Katholiken, aber auch deutsche Katholiken und gewissenhafte, allen andern gleichberechtigte Bürger.

Die Betonung des deutschen Charakters unferer katholischen Mitbürger erscheint uns so zeitgemäß, daß wir dies Wort aus dem Munde eines deutschen Bischofs mit besonderer Genugtuung vernehmen.

Die Vergewaltigung von Deutschen.

Aus Konstantinopel, 17. Okt., wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Nach hier aus Haifa eingehenden Nachrichten scheinen die türkischen Behörden die Unterdrückung wegen Verletzung deutschen Eigentums jetzt mit mehr Nachdruck zu führen. Es hat gestern wegen Eigentumsbeschädigungen, die schon einige Zeit zurückliegen, eine Reihe von Verhaftungen stattgefunden, und die Verhafteten sind dem zuständigen Gericht eingeliefert worden.

Man mag dringend wünschen, daß nun endlich die Deutschen in Palästina den gebührenden Schutz finden, und daß die Uebergriffe der Eingeborenen gegen Leben und Eigentum von Deutschen gestraft werden. Abgesehen von der Ermordung des Kolonnenführers Linger in Haifa und dem Mordanschlag auf den Lecker Lahener, gibt es noch eine Reihe von Verbrechen gegen Deutsche, von Mißhandlungen ihrer Wähler, von Plünderung und Diebstahl in den Pflanzungen und Wäldern usw., die der Erlebigung harren. Es hat sich durch den schleppenden Gang dieser Angelegenheit eine solche Erregung der deutschen Kolonien im türkischen Reich bemächtigt, daß die schwersten Vorfälle gegen die Vorkraft und das Auswärtige Amt erhoben und Mahregeln verlangt werden, die weit über das Ziel hinausgeschossen wären. Nebenfalls ist es an der Zeit, daß die begründeten Klagen durch eine geeignete Sühne aus der Welt geschafft werden.

Der Straßenbahnverkehr in Bremen.

„Aus Bremen, 17. Okt., wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet:

Der Streik der Angestellten der hiesigen Straßenbahn dauerte auch heute, am dritten Tage nach Beginn der Arbeitsniederlegung, noch fort. Er machte sich ganz besonders am Sonntag sichtbar. In der Nähe des Depots fand überall Streikposten aufgestellt. Die Direktion der Straßenbahn hat die Vermittlung des Gewerbebezirks abgelehnt, während die Streikenden sich zu Verhandlungen bereit erklärten. Die Direktion ertlich heute eine Bekanntmachung, daß sie neue Personal einstellen werde und daß die bisherigen Angestellten, deren Stellen durch die Streikenden nicht wieder angenommen würden. Bis jetzt fährt jedoch noch kein einziger Wagen wieder. Der Vertrag, den die Stadt mit der Gesellschaft abgeschlossen hat, enthält die Bestimmung, daß, wenn der Straßenbahnbetrieb vier Wochen hindurch unter-

brochen wird, die Gesellschaft der Konzeption ver-  
luffig geht.

Als Ersatz für die freistehenden Straßenbahngeleisen  
trafen heute abend gegen 7 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof  
150 Arbeitswillige aus Hamburg ein, die in sechs  
Straßenbahnwagen vom Hauptbahnhof abgeholt und zum  
Depot gebracht wurden. Am Bahnhof und auf den Straßen,  
welche die Wagen zu passieren hatten, sammelte sich eine  
große Anzahl Streikender an, welche die Straßenbahn-  
wagen mit Steinen bewarfen. Sämtliche Fenster-  
scheiben in den Wagen wurden zertrümmert; einige Personen trugen  
Verletzungen davon. Vor dem Depot hatten sich mehr als  
tausend Personen eingefunden, die die Arbeitswilligen angriffen,  
sobald es zu heftigen Zusammenstößen kam. Die Polizei  
schritt ein und nahm eine große Anzahl von Verhaftungen vor.  
Vier Personen sind durch Steinwürfe verletzt; eine  
größere Zahl erlitt leichtere Verletzungen. Die Verurteilten  
wurden mit dem Sanitätswagen in das Krankenhaus ge-  
bracht. Gegen Mitternacht wird ein weiterer Trupp von  
300 Arbeitswilligen aus Berlin erwartet. Vor dem  
Bahnhof hat sich eine große Menschenmenge ange-  
sammelt; auch ein starkes Polizeiaufgebot ist zugegen, um  
etwaigen Ausfaltungen sofort entgegenzutreten zu können.

### Dem früheren Staatssekretär Dernburg

nächste die „Dtsch. Tagesztg.“ am liebsten den Mund  
verleihen.

Dernburg hat nach einem Bericht der „Dtsch. Japanpost“  
auf dem Empfangsabende, den der deutsche Klub Concordia  
in Kobe zu seinen Ehren veranstaltete, eine längere Rede  
gehalten, in der er beiläufig sagte, England werde die  
Freihandspolitik zu seinem großen Nutzen. Die  
„Dtsch. Tagesztg.“ meint nun, daß „meine Kreise“ in Eng-  
land in diesem Punkte anderer Meinung sind, und aus dieser  
an sich belanglose Behauptung folgert sie: „Bei dieser Sa-  
ge wird man es nicht gerade für taktisch richtig und auch  
nicht für taktisch heilsam halten können, wenn der frühere  
Staatssekretär des kaiserlich-preussischen Reiches im  
Auslande ein Loblied auf den Freihand-  
singt.“

Also weil Herr Dernburg einmal Staatssekretär war,  
darf er, obgleich er sein Amt niedergelegt hat, weil er die  
Politik des schwarz-blauen Blocks verurteilt, nichts sagen,  
was den Schutzgelehrten in Deutschland unbehaglich ist.

### Die Hausbesitzer Deutschlands gegen die Reichswertwachs- steuer.

Auf dem diesjährigen Verbandstage des Zentralverbandes  
der städtischen Hausbesitzervereine Deutschlands wurde  
beschlossen, eine große Einprüfungsversammlung der organi-  
sieren Hausbesitzer Deutschlands gegen die Reichswert-  
wachssteuer in Berlin zu veranstalten. Wie jetzt der Ver-  
bandsdirektor Juliusrat Dr. Baumert-Spanbau bekannt gibt,  
findet diese Prüfungsversammlung am Sonnabend, den  
26. November 1910, nachmittags um 1 Uhr, im Zirkus Schu-  
mann zu Berlin statt. Das genaue Programm wird noch lei-  
stens der Verbandseitung veröffentlicht werden. Jedoch ist  
schon jetzt, wie es in dem Aufrufe an die dem Verband  
angeschlossenen 362 Vereine aus ganz Deutschland mit ihren  
170 000 Mitgliedern heißt, „für die Vereine die Möglichkeit  
gegeben, ihre Maßnahmen hinsichtlich der Bekämpfung der Ver-  
sammlung beschleunigt zu treffen, und es darf erwartet werden,  
daß der deutsche Hausbesitz in Scharen nach der Reichshaupt-  
stadt eilt, um der Reichsregierung und den gesetzgebenden Kör-  
perlichkeiten genüber seine Ansicht zu dem geplanten Gesetz  
klarstellend und vernünftig zum Ausdruck zu bringen.“

## Parteinachrichten.

L. C. Der Bundesschiedsgerichtliche Ausschuss (Parli-  
amentarische Parteipartei) hat sich infolge Auftrages  
von Nierenfunktionen dieser Tage einer schweren Nierenoperation  
durch Professor Geisel unterzogen. Die letzte Operation die  
Operation als glücklich, den Zustand des Patienten als zufrieden-  
stellend.

L. C. Im dritten medienbunigen Wahlkreis (Parsch-Lud-  
wigslust) ist der Abg. Dr. Paschke, der denselben Kreis seit  
20 Jahren vertritt, am Sonntag wiederum als Kandidat für die  
Reichstagswahlen einstimmig aufgestellt worden. Gleich-  
zeitig wählte der Kreisverband — ebenfalls einstimmig —  
den Anführer der Sozialistischen Partei.

Karlshaus, 17. Okt. Wie in der gestrigen Sitzung des Ge-  
samterverbandes des baltischen jugendliberalen Landesver-  
bandes mitgeteilt wurde, sind neuerdings sämtliche jung-  
liberalen Vereine, mit Ausnahme der von Baden-Baden  
und Kempten, dem Reichsverband beigetreten.

Sagen, 17. Okt. Der Demokratische Verband für  
Westdeutschland hielt hier seinen Delegiertenab-  
end. Nach dem Bericht über die politische Lage. Die  
Demokratie will mit folgenden Kandidaten bei den nächsten  
Wahlen antreten: v. Gerlach in Marburg, Göbde in Berlin I,  
Bühmann in Ansbach I und Witt (Wannsee) in Ulms-Verlohn.  
Nerner sind überall da, wo demokratische Vereinigungen bestehen,  
Jahrs-Kandidaturen ins Auge gefaßt.

## Heer und Flotte.

### Feldmäßige Offizier-Pferdeausstattung.

M. p. Die im Sommer bereits angekündigte Einführung  
einer feldmäßigen Ausrüstung für die Offizierspferde ist  
wie die „Milit.-pol. Korrespondenz“ meldet — nunmehr teil-  
weise erfolgt. Sämtliche in Truppenverband stehenden  
Kavallerieoffiziere bis einschließlich der Regiments-  
kommandeure müssen fortan bei allen Feldübungen  
feldmäßige reiten, wenn die Truppe feld-  
mäßig reitet.

Zur neuen feldmäßigen Ausrüstung gehört der  
Ausführung der Mannschaffspferde entsprechend, ein Offi-  
zierwiesel und Trachten nach Art des Armeestaffels. Für die  
Pferdiener, sowie für die Degenerationsrichtung und die  
Seitenstallplätze sind Krampen angebracht. Unter dem  
Sattel wird ein Polster von ungebleichtem, grau-  
braunem Wollle gefertigt. An dem Sattel werden die be-  
nötigsten ritterlichen Sattelstücke und an der rechten  
hinteren Sattelstange eine Seitenstallplatte zur Aufnahme  
von Wäsche usw. angebracht. Eine Tasche zur Unterbringung

von zwei Vorratskisten, ein Mantelstiefel, ein Futterstiefel und ein  
Tränkeimer verfertigt werden die weitere durchaus praktische  
und feldmäßige Ausrüstung.  
Bei Befestigung durch den Kaiser und bei Karabinen wird  
die bisherige Pferdeausstattung verwendet.

Tafel- und Messingfelder. Bei den Verhandlungen über den  
Marineetat für 1910 wurde vom Reichstag am 8. März 1910 eine  
Resolution angenommen, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, eine  
Verordnung der Bestimmungen über Tafel- und Messingfelder im  
Ansehe des Rechnungsjahres 1910 herbeizuführen. Zur Befreiung  
dieser Frage haben Beratungen zwischen dem Reichsminister  
und dem Reichsfinanzamt stattgefunden. Als Resultat ist eine  
Neuregelung der Tafel- und Messingfelder, die in der neuesten  
Nummer des „Marineverordnungsblatts“ veröffentlicht  
worden. Es wird eine Einbürgerung der Felder angeordnet,  
während der die Welle auch bei Abwesenheit eines Messemis-  
sionsinfolge Entlassung, Urlaub, Dienst an Land oder aus-  
sonstigen Gründen Tafelgeld noch liquidieren kann. Ferner ver-  
fügt die Kabinetsordre Rückzug der Tafelgeldsätze  
bei verfallenden Kommandierungen von Land an Bord und  
bei Altersmäßigen Entlassungen. Bezüglich des Messingfeldes,  
d. h. des zur Bezahlung und Verpflegung von Räten und  
Siedern bestimmten Geldes ist für bestimmte Fälle eine Er-  
mäßigung des für Torpedoboote aller Art bisher anzuliegend  
gewesenen Betrages um rund 30 Prozent vorgeschlagen. Weiter wird  
bestimmt, daß in den Fällen, in denen Einmischungsbesitzer eine  
gemeinsam militärische Welle führen — also auf dem Flaga-  
schiffen Admiral und Kommandant, auf den Führerbooten der  
Torpedobootflotten — und Hilfsflotten der betreffende Chef  
und der Kommandant — nur einmal und zwar des höhere Messing-  
geld anzuliegen sein soll.

Die „Sozialdemokratische“ Antroffiziere. Ein Antroffizier  
von der 8. Kompanie des Infanterieregiments 50 in Kaff  
hatte, weil ihm der Urlaub verweigert worden war, die  
Kampfung getan: „Seit ich ins rote Reich Sozialdemokrat, kann  
aber noch dazu kommen.“ Das Krieggericht in Düsseldorf verur-  
teilte ihn deshalb zu sieben Wochen Gefängnis und  
Degradation.

## Kleine politische Nachrichten.

Herr Hilow ist Montag nachmittag, von Hamburg kom-  
mend, in Köln eingetroffen. — Der westfälische Städte-  
tag lehnte den Entwurf eines Startritzengesetzes als einen un-  
geheuren Eingriff in das Privatigentum und in das Verfügungs-  
recht der Gemeinden über die öffentlichen Wege zugunsten privater  
industrieller Unternehmungen ab. — Am Freitag dieser Woche  
wurde die entscheidende Sitzung des preussischen Staatsministeriums  
über die schließliche Entscheidung der Reichstagskommission  
über die schließliche Entscheidung der Reichstagskommission  
über den Vorschlag einer Anzahl deutscher Städte folgenden, haben sich  
dieser Tage eine Anzahl im Beise der Berliner Gerichte beab-  
sichtigt und bei den Berliner Handelskammern öffentlich gehaltenen  
Sachverständigen zu einem Verein unter dem Namen  
„Gutsachterverband Berlin“ zusammengeschlossen.

## Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser nahm, wie aus Potsdam gemeldet wird, gestern  
nachmittag den Lein beim Reichsfinanzler. Zur Feststäl-  
lung waren geladen Prinz Christian von Schleswig-Holstein  
und Reichsminister v. Sponen mit Gemahlin.

## Ausland.

### Oesterreichs Bündnispolitik.

„In der letzten Sitzung des Ausschusses der Oesterreich-  
delegation hielt Graf v. Lehenthal eine längere  
Rede, in der er die Verhandlungen des Dr. Kramarcz be-  
schränkte.“

„Dr. Kramarcz“, so führte er aus, „hat an meiner  
und meiner Vorgänger Bündnispolitik Kritik geübt mit dem  
sehr geläufigen Schlagwort vom abgeplatteten Klavier.  
Gerade die Ereignisse haben bewiesen, daß diesem In-  
strumente sehr kräftige Akkorde abgenommen werden können,  
und ich glaube, die Schöpfer der Allianz zwischen Oester-  
reich-Ungarn und Deutschland haben von Anfang an die  
große Bedeutung dieses festen Zusammenstehens der bei-  
den mittel-europäischen Kaiserreiche richtig eingeschätzt  
und die Wichtigkeit dieses Bündnisses für die Interessen  
der beiden Mächte und für den europäischen Frieden er-  
kannt. Die Zuspitzung der Ereignisse hat eben die Rich-  
tigkeit dieser vor 30 Jahren eingeleiteten Politik in das  
allgemeine Bewußtsein gebracht und das ist der große  
Vorteil für jetzt und für alle Zukunft.“

Gegenüber der Behauptung, daß die Durchführung der  
Anexion eine Forderung der Monarchie zur Folge gehabt  
habe, verwies der Minister mit Befriedigung auf das Ver-  
hältnis zu Balkan, das sich jetzt und vertrauens-  
voll gestaltet habe. Bezüglich der Verhältnisse zu  
Ruhland und der Vorbedingungen vor der Anexion  
verwies der Minister auf die von ihm im Jahre 1908 ab-  
gegebenen verbalen Erklärungen sowie darauf, daß  
zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett vor Jah-  
resfrist eine Vereinbarung zustande gekommen ist, wonach  
jeder die glücklicherweise vergangenen Differenzen nichts  
veröffentlicht wurde.

### Rückkehr zur Ordnung.

Die französische Regierung vertritt die Ansicht, daß  
von diesem Dienstag an auf der Nord-, Ost- und Paris-  
Grenze-Militärtruppe-Bahn der Dienst sich wieder vollkommen  
sahpalmäßig abwickeln wird.

Nach Mitteilungen im Ministerium der öffentlichen Ar-  
beiten ist jetzt auch die Beförderung der Posten mit den  
Zügen der Nachtlichen Westbahn und der Nordbahn wieder ge-  
sichert. Die Regierung hat weitere scharfe militärische Maß-  
regeln ergriffen, um die Freiheit der Arbeit in Paris zu  
sichern.

Ministerpräsident Briand teilte dem Präsidenten Fallières  
mit, daß der Verkehr auf der flantischen Westbahn und auf der  
Nordbahn mehr und mehr zu normalen Verhältnissen zurück-  
kehre. Was den Wiedereintritt der Anwohner anlangt, so  
ist eine große Befreiung zu verzeichnen. Der Verkehr der elek-  
trischen Anlagen ist wieder sichergestellt.

### Tragödien.

Als Folge des Ausstandes haben nicht geklärt. Der 43jährige  
Lokomotivführer der Westbahn Mosen in Beauvais er-  
hängte sich. Bei der Beise hand man ein Schreiben, worin der

Unglückliche erklärte, er habe am Ausstand nicht teilnehmen  
wollen und sei dafür von seinen Kameraden der-  
artig beschimpft und angefeindet worden, daß ihm  
das Leben unerträglich geworden sei.

Bei Tours wurden zwei Soldaten des 32. Infanterie-  
regiments, die am Eingange eines Tunnels Wacht hielten und nicht ge-  
nügig auf der Hut waren, vom Schnellzuge Nantes-Paris  
überfahren und auf der Stelle getötet.

### Verhaftungen.

Paris, 18. Okt. Das Mitglied des Verwaltungsrates des  
Eisenbahnerbundes, Bibaumont, wurde gestern nachmittags  
seinem Verlaten der Arbeitsschleife verhaftet. Er sollte keine  
Feindschaften in der Arbeitsschleife entgegen. In Lyon wurde  
die Verhaftung des Sekretärs des nationalen Arbeiterbun-  
des, Chabrat, vorgenommen.

### Folgen des Eisenbahnerstreites.

Paris, 18. Okt. Die Verproportionierung von Paris voll-  
zieht sich ohne Schwierigkeiten, speziell die Zufuhr von Vieh  
ging in den letzten Tagen ganz von Ratten. Trotzdem sind  
die Viehpreise gestiegen, was auf eine bedeutende Steigerung  
des Fleischpreises hindeutet.

### Ein Protest des Papstes.

Aus besser vorkommlicher Quelle erfährt der römische Kor-  
respondent des „S. T.“, daß die Abberufung des Nungius in  
Lissabon und ein Protest des Papstes gegen die Kirchen-  
politik der Republik bevorsteht. Meldungen jedoch, daß die  
Abberufung bereits erfolgt ist, sind unrichtig. Der kirchliche  
„Corriere d'Italia“ stellt ausdrücklich fest, daß der Nungius  
Toni bisher noch keine formelle Order erhalten hat. Die  
pöpstliche Abreise des Nungius lasse sich nur so erklären, daß er  
entweder durch die portugiesische Regierung ausgenutzt  
worden sei oder eingeleitet habe, daß seine Lage unhaltbar ist.

### Lärmstören in Prag.

Prag, 17. Okt. Die sächsische Gartenbauausstellung, die  
durch den Besuch der Kaiserin Elisabeth zu einem großen  
Erfolg geführt worden ist, wird am Sonntag unter großen  
Ansehensverlusten geschlossen werden. Die sächsischen  
Mittler aber geben am Montag selbst zu, daß die Stand-  
orte in der Natur gegeben sind. Ihr Unbehagen ist die  
Tausende von Besuchern, die Lärm genommen haben,  
waren mit den Gewinnen unzufrieden, die zum großen Teil  
aus verwelkten Blumen, alten Katalogen und ganz wertlosen  
Sachen bestanden. Die Mitglieder des Ausstellungskomitees  
wurden beschimpft und tätlich angegriffen. In dem Gedränge  
musste die Rettungsschiffen einige Male einwirken. Eine An-  
zahl Personen wurde verletzt. Schließlich schritt die Polizei  
ein und nahm Verhaftungen vor.

### Eine englische Forderung an Persien.

Die englische Regierung macht mit einer künftigen Kon-  
trolle der persischen Verhältnisse Ernst. Eine  
Note der englischen Regierung über Persien erklärt, England  
wolle, falls innerhalb dreier Monate die Ordnung in Sid-  
persien nicht wiederhergestellt sei, gezwungen sein, bestimmte  
Maßnahmen zur Einziehung einer Kolonialmacht  
unter dem Kommando englisch-indischer Offi-  
ziere zu treffen. Die Kosten würden durch einen Zuschlag  
auf die Zölle im Persischen Golf gedeckt werden. Sollte sich  
die Aushubung einzelner Truppen als unmöglich heraus-  
stellen, so würden, wie man annimmt, indische Truppen  
eintreffen.  
Eine derartige Maßnahme würde den Persern wahr-  
scheinlich als erster Schritt zur Auflösung des Landes erscheinen  
und unweilschaft weitreichende Folgen nach sich ziehen.

London, 18. Okt. Die „Times“ schreibt: Zu der gestern  
der persischen Regierung überreichten Note der britischen Re-  
gierung: Wir hoffen immer noch, daß die projektierten Maß-  
nahmen nicht zur Ausführung kommen werden, denn wir haben  
die Ueberzeugung, daß ein solcher Schritt auch jedenfalls gegen  
die bisherigen Absichten der englischen Regierung gehen werde.  
Großbritannien hat im Orient schon so schwere Verantwor-  
tungen auf sich geladen, daß wir nicht wünschen können, sie  
noch erhöht zu sehen. Die britische Politik geht dahin, Persien  
soviel als möglich Spielraum zu lassen, um für sein eigenes  
Interesse zu arbeiten. Wir denken nicht daran, in Persien  
Territorien zu erwerben und hauptsächlich auch keine Teilung  
mit irgend einem Lande der Welt.

### Universitätskrawall in Athen.

Die athenische Regierungserklärung findet ihr Echo auch in  
den der Wissenschaft geweihten Räumen. So erregte sich am  
Montag in Athen ein Universitätskrawall, der zur  
Schließung der Hochschule führte.

Ein großer Teil von Studenten hatte durch die Aufrufe  
der Studentenschaft und die Professoren anforderte, die Vor-  
lesungen und ihren Besuch solange einzustellen, bis eine neue  
Regelung der alten Bestimmungen über die Universitäts-  
einrichtungen sei. Ein Teil der Studenten suchte trotzdem in die Universitäts-  
einrichtungen und wurde daraufhin von den höheren Kommissi-  
onen regelrecht verurteilt. Der Rektor vermittelte  
trotzdem und ordnete die Schließung der Universitäts an, bis  
die neue Regierung Stellung zur Universitätsfrage genommen  
hätte.

### Kabinetskrise in der Türkei.

Nachdem seit etwa vierzehn Tagen in Konstantinopel  
ein Gerücht über den bevorstehenden Sturz des Groß-  
wesirs Saffi Pascha zirkuliert hatten, die mit der Antie-  
frage in Zusammenhang gebracht wurden, ist es jetzt tatsäch-  
lich zu einer Ministerkrise gekommen, und zwar haben der  
Großwesir Saffi Pascha, der Kriegsminister  
Mahmud Schewket Pascha und der Finanz-  
minister Dschavid Bey demissioniert. Ihre Rücktritts-  
gesuche wurden aber vom Sultan nicht angenommen.

Der Grund für den Zwiespalt im Kabinett ist angeblich nicht unmittelbar in der Anleihefrage zu suchen, sondern in Meinungsverschiedenheiten zwischen Schandl und Mahmut Schewket. Der Finanzminister will, daß die Ueberstufung des sechsjährigen Kriegsbudgets im Betrage von 6000 Pfund in die Staatskassen zurückzuführen und etwaige Anforderungen in das neue Budget gebracht werden sollen; dagegen möchte Schewket diese Erparnisse dem Kriegsministerium zur freien Verwendung für Nothfälle vorbehalten wissen. Am Montag fanden lange Beratungen zwischen Haffi, Dschand, Schewket, dem Justizminister Medschmedin, dem Führer der Komiteepartei Haffi und dem ersten Sekretär des Sultans zwecks Lösung der Streitfrage statt. Sollte im Ministerrat nicht bald eine Entscheidung der Differenzen zu erreichen sein, so wird wahrscheinlich Haffi Pasha energig zu zurücktreten. Es ist aber wahrscheinlich, daß in diesem Falle der Sultan ihm die Bildung des neuen Kabinetts anvertrauen wird.

**Die Erkrankung des serbischen Thronfolgers.**

Aus Belgrad wird gemeldet: Kaiser Franz Josef hat durch die Gelandten den serbischen Gouverneur seinen herzlichsten Dank für die Theilnahme an der Erkrankung des Thronfolgers auszusprechen lassen. Das gestern abend ausgegebene Bulletin lautet: Der Allgemeinzustand des Patienten weist keine Veränderung auf. Temperatur 40,2 Grad, Puls 96, Atmung 36. Auch in den Lungengewebe ist eine Veränderung nicht aufgetreten. Die Hustenanfälle haben vollständig aufgehört.

Kaiser Franz Josef, der Sultan und die rumänische Regierung haben sich nach dem Befinden des erkrankten Thronfolgers Alexander erkundigt.

**Kleine Tagesnachrichten.**

Das englische Königspaar beschäftigt nächsten Sonnabend König Manuel und seiner Mutter in Wood Norton einen Besuch abzustatten.

Erkrankung des ungarischen Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Kluen Hederary ist, wie zuvörderst bereits berichtet wird, an einem Augenleiden erkrankt und wird sich demnächst einer Augenoperation unterziehen müssen. Das Leiden ist jedoch nicht bezart, daß er seine politische Tätigkeit einstellen muß, es wird seine künftige politische Aktion nicht im geringsten beeinflussen.

Ausstellungen einer bulgarischen Bande. Zum Ueberfall einer türkischen Truppenabteilung durch eine bulgarische Bande bei Tchorlak wird gemeldet, daß die Soldaten bei der Verfolgung dieser Bande, die acht Mann stark war, in einen Hinterhalt gelockt und mit Schnellfeuer überschüttet wurde, so daß neun Mann fielen und zehn, sowie ein Reutnant verwundet wurden. Erst nach dreißigtündigem Kampfe gelang es den Truppen, fünf Injurigen niederzumachen, drei von denen zwei verwundet wurden, entkamen.

**Ein russisch-japanischer Konflikt.**

Der Generalgouverneur von Mandschu lehnte die von dem japanischen Generalstabschef in Tsaoju geforderte Entschädigung für die dort vor einiger Zeit verhafteten Japaner, ebenso die Lösung des dortigen Problems ab. Der Generalgouverneur erklärt in der Befehlsurkunde der Japaner eine Mahnung des Kaisers, seitens des Kaiserthums und besteht auf Entfernung der Japaner aus Tsaoju.

**Verbotene Festsitzsammlung.**

Am Sonntag wurde in Wien eine öffentliche Festsitzsammlung verboten. Verschieden wurde eine geschlossene Versammlung unter dem Vorwande aufgeführt, daß der Vorsitzende die Versammlungsteilnehmer persönlich nicht kenne.

**Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts.**

Das Oberverwaltungsgericht fällt eine Entscheidung, die für zahlreiche Gemeinden von großem Interesse ist. In D. besteht eine Sparkasse, welche einen Umsatz von mehreren Millionen hat. Da der Bürgermeister und der städtische

Beauftragter häufig im Dienste der Sparkasse tätig waren, um Verfügungen vorzunehmen, so sollte die Sparkassen-Versammlung den Beschluß, die Sparkasse mit jährlich 5000 Mark zu den Verwaltungskosten heranzuziehen. Der Regierungspräsident erwiderte es aber nicht für zutreffend, die Sparkasse zu den allgemeinen Verwaltungskosten heranzuziehen, wenn auch der Bürgermeister und Beauftragter häufig für die Sparkasse tätig seien. Als der Bürgermeister den Beschluß der Sparkassen-Versammlung auf Anweisung des Regierungspräsidenten beanstandete, erbot sich die Sparkassen-Versammlung Klage, welche der Bezirksausgleich für begründet erklärte und die Beauftragung außer Kraft setzte, da die Sparkassen-Versammlung berechtigt erscheine, von der Sparkasse, welche selbst nur einen Buchhalter und einen Gegenbuchhalter besitze, 5000 Mark für die Tätigkeit des Oberverwaltungsgerichts an die Vorkasse zu verlangen. Das Oberverwaltungsgericht änderte aber die Vorkasse ab und erkannte auf Abweisung der von der Sparkassen-Versammlung erhobenen Klage, indem u. a. ausgeführt wurde, nach dem Sparkassenreglement vom 2. Dezember 1888 sei das Sparkassenstatut maßgebend, welches die erforderliche Genehmigung erhalten habe; wenn nun in dem Statut bestimmt werde, daß der Bürgermeister und andere Personen im Auditorium ihr Amt unentgeltlich versehen, so könne die Sparkassen-Versammlung nicht 5000 Mark Verwaltungskosten fordern.

**Luftschiffahrt.**

**Militärischer Erkundigungsflug.**

Berlin, 18. Okt. Der militärische Erkundigungsflug Johannisthal-Döberitz wurde gestern von den Aviatikern Illner, Jeannin und Tarnocz glücklich ausgeführt.

Man schreibt uns zu dem Resultat dieses Fluges: Die diesjährigen französischen Manöver haben gezeigt, daß man uns jenseits der Wolgen mit dem Gebrauche der Aeroplane im Heere weit voraus ist; sie haben uns auch gelehrt, von welcher Bedeutung Erkundigungsflüge mit Hilfe dieser Fahrzeuge in einem künftigen Kriege werden können. (Von militärischer Seite ist die militärische Bedeutung der Aeroplane im Entschlusse neuerdings abfällig beurteilt worden. Die Red.) Unsere Heeresverwaltung dürfte deshalb heute nicht mehr gewillt sein, hinter Frankreich zurückzulieben. So veranlaßt sie jetzt interessante Flüge, im Anschlusse an die nationale Flugwoche in Berlin.

Nach haben wir aber mit diesen Flügen nicht das erreicht, was Grantzsch durchgeführt hat. Dort sind die Offiziere selbst die Leiter der Flugmaschinen. Das Heer kann sich im Entschlusse unabhängig von Zivilisten in der Aeroplane bedienen. Das ist wichtig. Eine Zivilperson kann natürlich im Kriege nicht zum Dienste im Heere verwendet werden. Darum muß der Staat dafür sorgen, die Zivilaviation vollkommen durch Militär zu ersetzen.

Es tauchte einmal die Frage auf, ob man zu Führern der Aeroplane nur Unteroffiziere und Soldaten ausbilden solle. Das wäre ein verheißenes Unternehmen. Bei der Schnelligkeit des Fluges — es ist ja noch nicht gelungen, die Maschine stillstehen in der Luft zu halten — ist ungeheure Geschwindigkeit erforderlich, um einen möglichst vollkommenen Ueberblick zu erlangen, ohne dabei die Herrschaft über den Apparat zu verlieren. Hierzu dürfte der Offizier allein oder wenigstens am besten zu gebrauchen sein. Diesen Grundgedanken hat auch Grantzsch aufgefaßt und verfolgt. Ein Duzend französischer Offiziere wurde auf dem Flugplatz von Châlons in der Steuerung verschiedener konstruierter Aeroplane ausgebildet. Die Heeresverwaltung hat eine große Anzahl Flugfahrzeuge angekauft und auch auf anderen Flugplätzen mit Offizieren eine Ausbildung zuteil.

Bei den deutschen Militärflügen waren bisher Offiziere fast nur Mitfahrer, so auch jetzt bei den Erkundigungsflügen Johannisthal-Döberitz. Sie sind an die Fliegerhelfer nach Döberitz abkommandiert, um dort in der Leitung der Flugmaschinen ausgebildet zu werden. So scheint die preussische Heeresverwaltung mit allem Ernst daran zu arbeiten, den Uebertretungen der Fliegerkunst in der französischen und in der deutschen Armee zu verringern.

**Heberstufung Brüssel-Paris.**

Der Flieger Reguer ist Montag früh 6,20 Uhr in Brüssel zur Rückkehr nach Paris aufgestiegen.

Der Aviatiker Wonnalen, der auf seiner Rückkehr von Brüssel um 6,40 Uhr von St. Quentin abgestiegen war, ist um 12,10 Uhr mittags in Tignes Montaigne gelandet. Er hat somit für seinen Flug von Paris nach Brüssel und zurück 27 Stunden 50 Min. 28 Sec. gebraucht.

**Erfolgreicher Aviatiker.**

Newcastle, 18. Okt. Bei dem fernliegenden Newcastle-Planatze gewann Ballon auf einem Thermometer den Preis der Stadt Newcastle und den Preis der Fabrik Sutherland.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Ehrendoktor aller Fakultäten.**

Ministerialdirektor Dr. Kaumann ist, nachdem er jetzt bei der Jahrhundertfeier der Berliner Universität zum theologischen Ehrendoktor ernannt worden ist, im Besitz der Doktorwürde sämtlicher vier Fakultäten. Nur ein Berliner Professor kann sich ihm hierin an die Seite stellen, Engelung D. Harward, der außer seiner theologischen Doktorwürde noch den Dr. jur., med. et phil., ja auch den Dr. o. law der Universität Glasgow besitzt.

Der Frau Dr. Cosima Wagner, dem ersten weiblichen Doctor honoris causa, fandte Erich Klaff den folgenden lateinischen Glückwunsch:

Salve femina laudata,  
Nunc honoribus orata  
Almae matris clarae,  
Omnes hodie vovimus  
Desideria gaudemus  
Tibi — coram carae!  
— Onus bartheleimae actum,  
Modis splendens — nunquam fractum  
— (Soli tibi honos) —  
Omne tempus entesicos  
Semper fulgens, efflorescas  
Jungat omnes bonos.

Erich Klaff.

**Hochschulnachrichten.**

In Stelle von Prof. Rudolf Wagh, der als Nachfolger Richard Waghers zu Ostern 1911 nach Breslau überbebt, ist Dr. Wilhelm Finde, Privatdozent an der Universität Würzburg, vom 1. April 1911 ab zum ord. Prof. der Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule in Darmstadt ernannt worden. — Der Oberlandesgerichtsrat Richard Dehnardt zu Jena ist an Stelle des ausgeschiedenen Geh. Justizrats Greuner zum Mitglied der Kommission für die zweite juristische Prüfung bestellt worden.

Auszeichnung. Wie die amtliche Wiener Zeitung meldet, ist dem akademischen Düsselbacher Maler Josef Lang das Ritterkreuz verliehen worden.

Leitung: Wilhelm Georg.  
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Rindmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: W. Wilhelm Georg; Heuileiten, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Hermann Göbel; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Der Gesamtauflage der heutigen Nummer der Saale-Ztg. liegt ein Prospekt der Fa. Behagen & Klasing, Leipzig, betr. „Dachheim“ bei, auf den die geschätzten Leser ganz besonders aufmerksam gemacht seien.

**Die drohende Erkältung**

bleibt aus oder verdirbt harmlos, wenn bei Beginn der Ver-  
schleimung im Halse rechtzeitig ein paar Wybert-Tabletten  
genommen werden. Sie bringen die Heiserkeit zum Schwinden und  
erhalten die Stimme klar und frisch. Sie sind ein so unentbehr-  
liches Hausmittel, dass diejenigen, die ihre überraschende Wirkung  
kennen, sie im Hause nie ausgehen lassen. Die Schachtel kostet in  
allen Apotheken 1 Mark.

**Neue Eingänge zu äußerst vorteilhaften Preisen.**

- Kostüme. Schwarze u. engl. Paletots. Peluche-Paletots.
- - - Abend-Mäntel. Pelz-Jackets. Pelz-Mäntel. - - -
- - - Kleider für Strasse und Gesellschaft. - - -
- Blusen. Kleiderrocke. Unterröcke. Morgenrocke.
- Kindergarderobe für Knaben und Mädchen.

Anerkannt reichhaltigste Auswahl. Solide Verarbeitung. Gewissenhafte Bedienung.  
Anfertigung nach Mass unter Leitung bewährter Kräfte.

**Bruno Freytag,**

Halle a. S.,  
Leipzigerstrasse 100, pt. I. u. II. Etg.  
— Geogr. 1865. —



